

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 42

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorkaufzahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 15. Oktober 1926.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Deutzerwall 3. Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

27. Jahrg.

## Fort mit der Gleichgültigkeit.

Die bisherigen Erfahrungen im Gewerkschaftsleben haben gelehrt, daß die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung vom jeweiligen Stand der Wirtschaft in starkem Maße abhängig sind. An sich braucht das nicht zu sein. Die Arbeiterschaft hat in Zeiten der Wirtschaftskrise eine gute Interessensvertretung eigentlich viel notwendiger, als in Zeiten der Hochkonjunktur; und trotzdem erfahren die Gewerkschaften immer wieder, daß in Wirtschaftskrisen sehr viele der gewerkschaftlich Organisierten die Flinte ins Korn werfen und sich selbst in einer geradezu unbegreiflichen Ergebnislosigkeit den schlechten Verhältnissen überantworten. Die Arbeiterschaft unterliegt eben allzu sehr dem Einfluß einer geschickten Propaganda, mit der von interessierter Seite das Volk bei einem Wirtschaftsumschwung bearbeitet wird. Während der letzten Jahre hat das deutsche Unternehmertum einen großen Werbefeldzug geführt, um unser Volk dafür zu gewinnen, die Bestrebungen der Unternehmer nach längerer Arbeitszeit und möglichst niedrigen Löhnen als berechtigt anzusehen. Die Lage unserer Wirtschaft wurde auch immer so schlecht als möglich geschildert, und damit jene gedrückte Stimmung bei den breiten Massen des Volkes erzeugt, bei der Gleichgültigkeit und Fatalismus immer hervorragend gedeihen. Anstatt den Abbaubestrebungen des Unternehmertums durch eine geschlossene Front der Arbeiter einen wirksamen Damm entgegenzusetzen, hat man sich während der letzten Jahre vielfach damit begnügt, über das berühmte „Versagen der Gewerkschaften“ loszusprechen, um so mindestens für das eigene Versagen eine Entschuldigung zu haben. Während in Arbeiterkreisen geredet wurde, haben die Arbeitgeber gehandelt. Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnabbau konnten überall dort ungehindert durchgeführt werden, wo die Arbeiter den Sinn der gewerkschaftlichen Selbsthilfe nicht mehr oder noch nicht kannten.

In neuester Zeit machen sich die verschiedensten Anzeichen bemerkbar, daß mit einer Hebung der Wirtschaftslage gerechnet werden kann. Das Unternehmertum hat sich mit seinen wirtschaftlichen Theorien festgesetzt. Man hatte nicht beachtet, daß einer gesteigerten Produktion auch die Umsatzmöglichkeit gegenüberstehen muß. An dieser Umsatzmöglichkeit fehlt es, solange die breite Masse des Volkes keine Kaufkraft besitzt. Besonderen Einfluß auf die teilweise zu beobachtende geistige Umstellung der Unternehmer scheinen auch die Beobachtungen auszuüben, die die verschiedensten Vertreter der deutschen Wirtschaft in Amerika gemacht haben. Es hat den Anschein, daß dort, wo man bewußt in Wirtschaftskrise gemacht hat, langsam die Erkenntnis kommt, daß damit den Unternehmern selbst der denkbar schlechteste Dienst erwiesen wurde. An Stelle der bisherigen Miesmacherei tritt in letzter Zeit wieder etwas Unternehmungslust zutage. Die Zahl der Arbeitslosen geht seit einigen Monaten langsam und stetig zurück. Wir dürfen allerdings nicht die falsche Hoffnung hegen, daß sich die bisherige Wirtschaftskrise von heute auf morgen zur wirtschaftlichen Hochkonjunktur umwandeln würde. Immerhin erscheint es dringend erforderlich, daß in dieser Zeit, wo neue Hoffnungen, neue Unternehmungslust unsere wirtschaftliche Tätigkeit belebt, auch die Arbeiterschaft ihre Gleichgültigkeit ablegt.

Gewerkschaftliche Arbeit leisten heißt nun einmal, selbst mit dabei sein. Es gibt nichts Verkehrteres als die Hoffnung der Arbeiter, daß durch gesetzliche Maßnahmen ganz von selbst eine Besserung der Verhältnisse erreicht werden könnte. Wir machen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrisen die Beobachtung, daß es nicht nur darauf ankommt, für die Arbeiterschaft Schutzgesetze zu haben, sondern noch viel mehr, sie richtig anzuwenden. Was nützt es, wenn uns noch so weitgehende Rechte durch Gesetz oder Tarifvertrag gegeben sind, wenn der einzelne nicht den Mut hat, seinem Arbeitgeber gegenüber die ihm gegebenen Rechte auch zu vertreten. Es gilt eben für die Hebung seines Standes auch die eigene Person einzusetzen und nicht nur die Hilfe von andern zu erwarten. Die toten Buchstaben des Gesetzes werden nur dann Leben erhalten, wenn auch der einzelne Arbeiter sie anzuwenden weiß. Dieses Einsetzen der eigenen Person ist allerdings in Zeiten der Wirtschaftskrise bedeutend schwieriger als bei gutem Geschäftsgang. Weil die Arbeiterschaft noch nicht genügend diszipliniert ist, weiß das Unternehmertum, daß dann, wenn größere Arbeitslosigkeit herrscht, sich immer wieder Arbeiter bereifinden, die in eine Arbeitsstelle eintreten werden, aus der der Arbeitgeber einen anderen Arbeiter entlassen hat, weil er die ihm zustehenden Rechte forderte. Wäre dies nicht der Fall, würde die Arbeiterschaft eine geschlossene Front bilden, so könnte das Unternehmertum die Arbeiter auch in Zeiten der Wirtschaftskrisen nicht in dem Maße zurückdrängen, wie dies heute vielfach gelingt.

Im eigenen Interesse muß darum jeder einzelne Gewerkschaftler sich selbst dafür einsetzen, daß die Zahl der im Verbande organisierten Kollegen eine möglichst große wird. Die gewerkschaftliche Selbsthilfe beruht in starkem Maße darauf, daß jeder einzelne Arbeiter dazu beitragen muß, die Gefahren für den Berufsstand abzuwehren, die sich innerhalb des Standes selbst ergeben. Jeder Unorganisierte bildet tatsächlich eine Gefahr für die Bestrebungen der vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft. Ist es da nicht selbstverständlich, daß auch überall darauf hingearbeitet wird, diese Gefahr dadurch zu beseitigen, daß wir die Unorganisierten der gewerkschaftlichen Organisation zuführen. Die Gewinnung neuer Mitglieder für den Verband muß von unseren Kollegen in erster Linie dort betrieben werden, wo sie mit Unorganisierten zusammenarbeiten. Es ist die Zeit vorbei, in der die Gewerkschaften ihre Mitglieder in großen Versammlungen gewinnen konnten. Heute bedarf es einer planmäßigen, zielbewußten Werbearbeit jedes einzelnen Verbandskollegen, um seine Organisation zu stärken. Vorwärts durch Selbsthilfe, das muß das Lösungswort für unsere Kollegen sein, wenn sie die weitere Erstarkung des Verbandes anstreben.

Vorwärts durch unsere Selbsthilfe wollen wir auch kommen bei der Gewinnung unserer Jugend. Gewerkschaftsarbeit bei der Jugend war immer Erziehungsarbeit. Es hat recht wenig Zweck, wenn unsere älteren Gewerkschaftler sich über die angebliche Unbotmäßigkeit der Jugend unterhalten oder der Jugend versuchen klarzumachen, daß in früheren Zeiten alles anders gewesen sei. Helfen wir dort, wo wir mit jugendlichen Kollegen zusammenarbeiten, diesen dazu, tüchtige Facharbeiter zu werden, zeigen wir ihnen durch das eigene Beispiel, wie der christliche Gewerkschaftler sein soll, dann haben wir die beste Art von Werbearbeit geleistet, die man bei unseren Jungen zur Anwendung bringen kann. Diese Arbeit kann nicht der Verband leisten, sondern zu dieser Arbeit sind die einzelnen Mitglieder des Verbandes berufen.

Für jedes einzelne Verbandsmitglied, dem an der weiteren Entwicklung seiner Organisation etwas gelegen ist, ergibt sich die selbstverständliche Aufgabe, auch tatsächlich das zu leisten, was die Stunde von uns verlangt. Das Gedeihen einer Bewegung und das Vorwärtkommen eines Standes hängt in viel stärkerem Maße davon ab, daß die einzelnen Mitglieder ihre Person für die notwendige Werbearbeit mit zur Verfügung stellen, als davon, daß in großen Rundgebungen dem Staat und der Gesellschaft die Forderungen des Arbeiterstandes vorgebracht werden.

Zur Belebung der gewerkschaftlichen Arbeit tragen auch sehr viel unsere Versammlungen bei. Auch hier gilt es für jedes einzelne Mitglied selbst dazu beitragen, daß das Versammlungsleben in der Zahlstelle anziehend wirkt. Dazu ist erstes Erfordernis, daß man die Versammlungen auch selbst besucht. Mit welchem Recht will man dem jugendlichen Kollegen zum Vorwurf machen, daß ihm der Sportplatz über das Versammlungsortal gehe, wenn man selbst aus nichtsagenden Gründen zu Hause hinter dem Ofen sitzen bleibt. Gut besuchte und gut durchgeführte Versammlungen tragen in ganz hervorragender Weise zur Belebung der gewerkschaftlichen Arbeit bei.

Die Arbeiterschaft darf auch in Zeiten einer Wirtschaftskrise den Glauben an sich selbst nicht verlieren. Wer sich selbst aufgibt und die Hilfe von anderen erwartet, braucht sich nicht zu wundern, wenn er von diesen anderen als Spielball benutzt wird. Wenn immer wieder geltend gemacht wird, daß der Mensch in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens gestellt werden müsse, so ergibt sich daraus aber auch die Notwendigkeit, daß jeder Mensch mit allen ihm zu Gebote stehenden geistigen und materiellen Kräften den Versuch macht, gestaltend auf die jeweiligen Verhältnisse einzuwirken. Nicht sich von den Verhältnissen treiben lassen, sondern die Verhältnisse zu meistern suchen, das muß auch die Aufgabe der Arbeiter und ihrer Verbände sein. Diese Aufgabe läßt sich aber nur erfüllen, wenn jeder einzelne die Gleichgültigkeit ablegt und durch praktische Selbsthilfe vorwärts drängt.

## Die Börse im Wirtschaftsleben.

Von Dr. A. Scheuble.

Vor dem Kriege nannte man die Börse nicht selten einen Giftbaum, der Börsenspekulant war in den Augen von Bürger und Arbeiter ein moralisch sehr verdächtiges Wesen. Nach dem Kriege, während der Inflation, drängte alles zur Börse. Sie schien so etwas wie eine Rettungsinsel vor der gänzlichen Zerstörung vorhandener Vermögenswerte zu sein. Seitdem und trotz der bösen Enttäuschungen, die sich

immer wieder einstellen, ist die Börse fast populär geworden. Leute, die früher einen Pfandbrief von einer Aktie nicht unterscheiden konnten, reden heute von Medio- und Ultimogeschäften, als ob sie ihr Leben lang nur mit Börsenspekulation sich beschäftigt hätten. Hier spukt noch vielfach der Geist der Inflation, der Glaube, mühe- und rasch große Gewinne machen zu können. Aber die Inflationsgewinne waren meist Scheingewinne, und heute machen die Gewinne hauptsächlich die Börsenler von früher und die Banken, die teilweise in unverantwortlicher Weise zum Spekulieren anreizen. Die starke Mehrheit der Neuspekulanten, die vom Börsengeschäft eben doch nichts versteht, bleibt hängen. „Den Letzten beißen die Hunde“, heißt das Sprichwort.

Die Börse ist ein Ergebnis der großkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sowohl die Waren- wie die Effekten- (Wertpapier-)Börse. Während aber die Warenbörse fast nur eine Angelegenheit der in der Branche tätigen Kaufleute ist, wendet sich die Wertpapierbörse an das breiteste Publikum. Sie ist ein unter bestimmten gesetzlichen Vorschriften stehender Markt, an dem Anleihen (in- und ausländische Staatsanleihen, Länder- und Gemeindegeldanleihen), Pfandbriefe, Obligationen, vor allem aber Aktien gehandelt werden.

Wie an jedem Markt, bestimmt Angebot und Nachfrage (in der Börsensprache Brief und Geld genannt) den Preis (Kurs) der Wertpapiere. Haben die Kurse die Neigung zu fallen, so spricht man von Schwacher, haben sie die Neigung zu steigen, von fester Börse. Steigen und Fallen der Kurse, Hausse und Baisse, machen den Reiz des Börsenspiels aus. Je rascher hier die Aufeinanderfolge und je größer die Ausschläge nach oben und unten, desto größer sind natürlich die Aussichten, viel zu gewinnen und — zu verlieren.

Eine Hausse oder Baisse im gesamten oder in einzelnen Werten kann durch tausenderlei Gründe hervorgerufen werden. Gewöhnlich nimmt man an, daß die Lage und Aussichten der Wirtschaft maßgebend für die Bewertung der Wertpapiere sei, ja die Börse gilt als feinstes und empfindlichstes Barometer des Wirtschaftslebens. Danach brauchte man nur in den Kurszettel zu gucken, um zu sehen, wie die Wirtschaft steht und welche Aussichten sie hat. Das ist aber eine Meinung, die so allgemein ausgesprochen zweifellos falsch ist.

Daß die Wirtschaftslage einen Einfluß auf die Kursbildung ausübt, auf die Dauer sogar einen entscheidenden, liegt freilich auf der Hand. Aktien einer bankrotten Gesellschaft stehen naturgemäß niedrig im Kurs, Aktien eines aufblühenden Konzerns werden hoch bezahlt. Aber ein Barometer der Lage ist die Börse durchaus nicht, so gern man sie noch immer dazu machte. Sie führt vielmehr ihr Eigenleben, das durch die börsentechnischen Verhältnisse bestimmt ist.

An vorderster Stelle steht hier die Frage der Geldflüssigkeit für spekulative Zwecke. Letztes Jahr war diese gering, und sie war so lange gering, als die Wirtschaft nicht von der schweren Krise heimgesucht war. Die Aktienkurse standen infolgedessen niedrig. In dem Augenblick, wo die Wirtschaft ins Stocken geriet, hielten die Banken mit langfristigen Krediten an industrielle Unternehmungen zurück und suchten das in der Industrie investierte Kapital zurückzuziehen. Damit wurde natürlich die Krise verschärft. Es wurde aber auch viel Geld flüssig, im Höhepunkt der Krise schwammen die Banken in Geld, und es begann ein lebhaftes Treiben an der Börse. Seit Anfang des Jahres haben viele Papiere ihren Kursstand verdoppelt und verdreifacht. Je trüber die Wirtschaftsführer die Lage schilderten, desto größer wurde der Optimismus an der Börse.

Ein seltsames Bild, und wohl verständlich, daß auf der letzten Industriellentagung Geheimrat Duisberg scharfe Worte gegen die Banken und ihre rosigen Wirtschaftsberichte gebrauchte. Jedoch, wenn eine der großen Industrie-gesellschaften zum Zwecke weiterer Kapitalbeschaffung an den in- oder ausländischen Geldmarkt sich wendete, zeigte sie sich in ihrem Prospekt nicht weniger optimistisch. Viel zu wenig ist bisher in der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion gerade dieser Gegensatz beachtet worden, die gänzlich verschiedene Beurteilung der Lage, je nachdem an welche Kreise der Bevölkerung man sich richtet.

Die Banken verdienen sehr viel am Effektagengeschäft, es liegt ihnen also daran, die Rundschau für die Spekulation bei Stimmung zu halten. Daher die heiteren Wetteranzeigenden Lageberichte. Sie sind, das kann man ruhig sagen, nicht sachlich. Ebenjowenig stimmen die pessimistischen Auslassungen der Wirtschaftsführer mit den Tatsachen überein. Und am allerwenigsten läßt sich aus der Börsenbewegung heute ein bündiger Schluß auf das Wirtschaftsleben ziehen, außer dem einen, daß die Banken (Ausnahmen gibt es natürlich auch hier) in schwerer Zeit ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, die sie sonst immer herausstreichen, sicherlich nicht erfüllt haben. Manches an sich

9. Junge Unternehmen ist zugrunde gegangen; Tausende wurden brotlos, weil die Banken keinen Kredit gaben. Für die Börsenspekulation dagegen war Geld in Fülle und Fülle da.

Wie die Verhältnisse heute sind, spielt die Börse eine durchaus ungesunde und schädliche Rolle im Wirtschaftsleben, und es ist im hohen Maße bedauerlich, daß das breiteste Publikum für die Spekulation gewonnen ist. Sehr viele werden natürlich durch den Schaden klug werden, aber das kann an der Tatsache nichts mehr ändern, daß durch das bestehende Uebermaß der Börsengeschäfte und die börsenmäßige Einstellung weiter Schichten der Bevölkerung die Gesamtwirtschaft gewaltig geschädigt wird. Die Börse wird wieder zum Giftbaum...

### Zur Behebung der Wohnungsnot

Der Preussische Minister für Volkswohlfaht hat in einem Aufruf seine Gedanken zur Behebung der Wohnungsnot der Öffentlichkeit unterbreitet. In diesem Aufruf wird gesagt:

Die deutsche, also auch die preussische Volkswirtschaft leidet und wird weiter leiden unter der Wohnungsnot und unter Arbeitslosigkeit sowie unter den Folgen dieser Notstände, so namentlich auch unter gesundheitlichen Schäden. Eine Gesundung unseres Volkskörpers in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung ist deshalb nur möglich, wenn Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit behoben werden.

1. Eine Bekämpfung der Wohnungsnot kann nur durch den Neubau von Wohnungen, also durch eine umfangreiche Bautätigkeit, erfolgen. Die Bautätigkeit und die Ausstattung der neuen Wohnungen schafft Arbeit nicht allein für das eigentliche Baugewerbe, sondern als Schlüsselgewerbe für fast alle Gewerbe- und Industriezweige. Die Bekämpfung der Wohnungsnot bedeutet deshalb im weitestgehenden Maß auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit andern Worten: Wir können und müssen die Arbeitslosigkeit dadurch erheblich vermindern, daß wir die Wohnungsnot beseitigen.

2. Ohne öffentliche Beihilfen ist der Bau von Wohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen bis auf weiteres nicht möglich. Es müssen deshalb noch für eine Reihe von Jahren erhebliche Mittel für die Bautätigkeit zur Verfügung gestellt werden.

3. In Preußen werden jährlich etwa 120000 Haushaltungen neu gegründet. Hierfür sind jährlich 120000 neue Wohnungen nötig. Weitere 50000 Wohnungen sind jährlich nötig, um allmählich den Fehlbetrag an Wohnungen zu decken, der durch unzureichende Bautätigkeit in den letzten Jahren entstanden ist. Weitere 30000 Wohnungen müssen jährlich als Ersatz für verfallene und schlechte Wohnungen gebaut werden, damit das Wohnungswesen in Preußen allmählich voll gesunden. Alles in allem brauchen wir also eine Bautätigkeit, die für die nächsten Jahre 200000 neue Wohnungen jährlich erstellt.

4. Erfahrungsgemäß muß die öffentliche Beihilfe im Durchschnitt für eine Wohnung 5000 M. betragen, wenn der Mietpreis für die neue Wohnung in erträglichem Verhältnis zu den Alt-

mietten bzw. zu den Einkommensverhältnissen der breiten Bevölkerungsmasse stehen soll. Es werden also an öffentlichen Beihilfen jährlich benötigt:  $200000 \times 5000 \text{ M.} = 1000000000 \text{ Mark.}$  Als Quelle für diese öffentliche Beihilfen kommt bis auf weiteres die Hauszinssteuer, die nötigenfalls auszubauen sein würde, in Frage.

5. Um ein Erträgnis in Höhe von 1000000000 M. aus der Hauszinssteuer für Neubauzwecke zu erhalten, ist die Erhebung von etwa 50 Prozent der Friedensmiete bei Berücksichtigung der Ausfälle und der gesetzlichen Befreiungen nötig. Nötig wäre also eine weitere Steigerung der Mieten um 30 Prozent der Friedensmieten. Diese Steigerung erscheint auf den ersten Blick unerträglich, zum mindesten unerwünscht. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß dieses Mehr an Miete von unserer Volkswirtschaft getragen werden muß, wenn wir in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot, aus der schlimmsten Arbeitslosigkeit, aus der Zwangswirtschaft und letzten Endes auch aus der Hauszinssteuer selbst herauskommen wollen. Das Mehr an Miete ist auch, auf die Arbeitsstunde berechnet, nicht so sehr erheblich, wie es auf den ersten Augenblick scheint. Wenn der Durchschnittsatz der Friedensmiete für eine Arbeiterwohnung auf monatlich 25 M. angenommen wird, ergibt ein Mehr in Höhe von 30 Prozent von 25 M. monatlich 7.50 M. oder, bei achtfündiger Arbeitszeit und 25 Arbeitstagen im Monat auf die Arbeitsstunde umgerechnet, einen Mehrbetrag von  $\frac{3}{4}$  Pfg. Im übrigen wird die wirtschaftliche Belastung zum Teil sicher, wahrscheinlich zur vollen Summe durch Ersparnisse an der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ausgeglichen werden können. Auch könnte — um eine Ueberlastung der lebenden Generation zu vermeiden und auch schon jetzt eine Besserstellung des Altbausbesitzes zu ermöglichen — ein Teil der nötigen Mittel anstatt durch Hauszinssteuer durch Anleihen aufgebracht werden. Letzten Endes ist auch ein Umbau der Hauszinssteuer möglich und zweckmäßig. Dieser Umbau kann dadurch erfolgen, daß neben einer ablösbaren Inflationsrente eine Bausteuer eingeführt wird.

6. Zur Finanzierung von 200000 neuen Wohnungen im Jahre gehören außer den in Ziffer 4 erwähnten öffentlichen Beihilfen in Form von zweistelligen Hypotheken auch noch erststellige Hypotheken. Hierfür würden nach den bisherigen Erfahrungen nötig werden jährlich etwa 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Mark. Bei der heutigen Lage des Geldmarktes wird dieser Betrag un schwer auf dem allgemeinen Geldmarkt aufgebracht werden können, da allein schon die Sparkasseneinlagen in Preußen sich zurzeit monatlich um 70 Millionen Mark vermehren, und zwar mit steigender Tendenz.

7. Mit den in Preußen vorhandenen Bauarbeitern und Bauhilfsarbeitern können bei Einführung rationeller Arbeitsmethoden und unter der Voraussetzung, daß die Bauarbeiter ständig das ganze Jahr beschäftigt werden, 200000 Wohnungen jährlich ohne weiteres erbaut werden. Sollten aber wirklich in manchen Gegenden nicht genügend Bauarbeiter vorhanden sein

zur Erfüllung des erweiterten Bauprogramms, so würden angeichts der Arbeitslosigkeit die fehlenden Arbeitskräfte aus andern Berufen entnommen und herangebildet werden können.

8. Die Herstellung der nötigen Baumaterialien würde gar keine Schwierigkeiten machen, da die Leistungsfähigkeit der Industriewerke, die Baustoffe erzeugen, z. B. die Ziegeleien, nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil ausgenutzt worden ist.

9. Die Folgen der vermehrten Bautätigkeit werden sein: Sofortige Besserung des Arbeitsmarktes, restlose Beschäftigung aller Bauarbeiter, Besserung der Arbeitslage in fast allen Gewerbe- und Industriezweigen, also starker Rückgang der Erwerbslosigkeit, relativ schnelle Besserung des Wohnungsmarktes, demnächst völlige Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, tatkräftige Wohnungspflege, Ersatz menschenunwürdiger Wohnungen durch gute Wohnungen, damit Beseitigung der sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, die sich aus schlechten Wohnungsverhältnissen ergeben, demnächst Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und baldige Beseitigung der Wohnungsämter in ihrer jetzigen Form, Abbau der Hauszinssteuer, in Verbindung damit erhöhte Rentabilität der Altwohnungen und bessere Instandhaltung der Altwohnungen, allmähliche Entfaltung der privaten Bautätigkeit und Gesundung der vom Zwange freien Volkswirtschaft; alle diese Vorteile ohne Inanspruchnahme ausländischer Erzeugnisse, da die gesamten Rohstoffe für den Neubau von Wohnungen im Lande vorhanden sind.

10. Die Vorteile einer erhöhten Bautätigkeit sind also so groß, daß sie von keinem, dem das Volkswohl am Herzen liegt, geleugnet werden können. Im übrigen hat kein Mensch von dem erhöhten Bauprogramm einen Nachteil; denn das Mehr an Miete kommt doch. Das zeigen die Erfahrungen in allen andern Kulturländern. Jetzt kann das Mehr noch für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, später nicht mehr. Deshalb wende ich mich an jeden Deutschen und jeden Preußen, insbesondere an die Parlamentarier des Reiches und Preußens, namentlich auch an jeden Volkswirt, mit der Bitte, an der Erfüllung dieses Programms mitzuwirken.

Zu diesem Aufruf möchten wir bemerken, daß es an sich richtig ist, daß das ganze Volk und damit auch die Arbeiter ein großes Interesse an der Behebung des Baumarktes haben. Auf dem Gewerkschaftskongress in Dortmund wurde bereits ausführlich zu diesen Fragen Stellung genommen. In einer Entschließung zur Wohnungsfrage wird aber verlangt, daß der Ertrag der Hauszinssteuer baldmöglichst restlos für den Wohnungsneubau zur Verfügung gestellt werden soll. Dieser Forderung sehen die einzelnen Landesregierungen selbst den größten Widerstand entgegen. Es wird zurzeit bereits 40% der Friedensmiete an Hauszinssteuer erhoben. Von diesen 40% wird aber kaum die Hälfte dem Wohnungsneubau zur Verfügung gestellt, der größere Teil findet Verwendung im Staatshaushalt. Angeichts dessen halten wir eine weitere Erhöhung der Mieten als durchaus unangebracht und keineswegs mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Behebung des Baumarktes vertretbar. Man stelle die aus der Hauszinssteuer tatsächlich den Ländern zufließenden Mittel auch wirklich für

### Industrieprobleme.

An dem Problem des allmählichen Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft kommt dem Industrieproblem aus verschiedenen Gründen ein dominierender Anteil zu. Denn einmal liegt das Schwergewicht der deutschen Volkswirtschaft gemäß der Entwicklung der letzten Jahrzehnte in der industriellen Arbeit des deutschen Volkes, und zum anderen ist bei dieser Tendenz die Industrieentwicklung nicht nur die spezielle Grundlage des Standes der weiterarbeitenden Gewerbe, des Handels und auch größtenteils des Verkehrs, sondern in Verbindung mit ihnen auch die Basis der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung überhaupt. In einem überwiegend industriell orientierten Staatswesen ist damit der industrielle Aufstieg oder Niedergang sowohl das Barometer für den Intensitätsgrad seiner kulturellen, volkswirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Bedürfnisse, als der Pate auf dem nationalen Arbeitsmarkt und der Richtung der Arbeitsverteilung innerhalb seiner Bevölkerung. Die industrielle Entwicklung bestimmt die Wachstums- und Unterhaltsbewegung in den Stadtwirtschaften, den Austausch zwischen Stadt und Land, die Landflucht, Auswanderung und die rückwärtige Abwanderung aufs Land. Das Industrievolk hat andere Bedürfnisse wie das Agrarvolk, hat andersgerichtete Aufgaben zu erfüllen und bedarf, eben weil es Industrievolk ist, einer speziellen Pflege seiner Industrie, bedarf der planmäßigen Erhaltung dieser seiner beherrschenden Wirtschaftskraft. So jedenfalls in Zeiten normaler Entwicklung. Anders vielleicht, wenn nach schweren Erschütterungen es sich herausgestellt hat, daß die Voraussetzungen für seine industrielle Produktionsbasis sich derart geändert haben, daß diese für die Zukunft nicht mehr in dem vorherigen Maße als die Grundlage der Existenzkraft seiner Wirtschaft betrachtet werden können, und das Agrarmoment autoritativ in den Vordergrund tritt. Dann bedarf es zwangsläufig der Anpassung an die neuen Gebote, der systematischen Umstellung von der einen auf die andere Produktivkraft. Die Voraussetzung dazu ist allerdings, sachlich zu prüfen, wie die Verhältnisse liegen, und daraus sachlich zu entscheiden, was man für die Zukunft will. Es ist ein Übel, die Landwirtschaft auf Kosten der aufstrebenden Industrie einseitig zu bevorzugen, wenn die Entwicklungstendenzen für die Industrie spricht. Es ist aber gleichermaßen ein Konzeß, dann noch, wenn umgekehrte Voraussetzungen entstanden sind, einen industriellen Höchststand auf Kosten der Urproduktion halten und regenerieren zu wollen, der sowohl gegen das Gleichgewicht der Volkswirtschaft verstößt wie gegen die eigene industrielle Entwicklungstendenzen. Bedarf es aber der grundlegenden Umgruppierung in der Volkswirtschaft, so muß eben dieses Problem gelöst werden, sollen nicht schwerste Erschütterungen das selbe gewaltig lösen. Klarheit muß herrschen über das, was ist. Ohne das ist alle Arbeitsbeschaffung und aller Wiederaufbau nutzlos.

Wie die gegenwärtigen Verhältnisse in der deutschen Volkswirtschaft liegen, das bleibe in diesem Zusammenhang dahingestellt. Beschränken wir uns allein darauf, aus dem Gesamtproblem das Industrieproblem herauszuschälen. Worin — so entsteht dann die Frage — sind die Aufgaben des industriellen Wiederaufbaues zu erblicken?

Prinzipiell ist bei einer solchen Fragestellung von vornherein zu unterscheiden, ob das Schwergewicht einer Industrie auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt liegt. Die Exportindustrie arbeitet unter anderen Voraussetzungen, als die Inlandsindustrie, ist in ihren Absatz- und Produktionsbedingungen an andere Risikomomente usw. gebunden und bedarf der Verfolgung einer anders orientierten Wirtschaftspolitik, die den Bedingungen der Weltwirtschaft angepaßt ist. Die Inlandsindustrie hat gegenüber dem Weltmarkt einen gleichmäßigeren, weniger Schwankungen unterliegenden Markt zu befriedigen, beständigeren Absatzgebiete und einen normalerweise gleichmäßigeren Entwicklungsgang. Dem Charakter dieser Verschiedenartigkeit entsprechend wird auch die Wiederaufbaudiagnose verschieden zu stellen sein. Ist im einen Falle das Drehmoment die Kaufkraft der Volkswirtschaft, so ist es im anderen das Problem der Weltabsatzgebiete. Verschiedene Aufgaben erfordern aber verschiedene Mittel.

Betrachten wir zunächst die Exportindustrien. Welche Fragen sind hier zu klären, bevor eine planmäßige Aufbaupolitik verfolgt werden kann? Nehmen wir an, eine Industrie unterhielt vor dem Kriege einen ausgedehnten Exporthandel mit den verschiedensten Ländern der Weltwirtschaft. Das Jahrzehnt des Krieges und der ersten Nachkriegszeit brachte ihr nicht nur den Ausschluß von der Teilnahme an der Weltwirtschaft, sondern schuf auch für sie industriepolitisch neue Voraussetzungen. Nach Wiederherstellung geordneter Verhältnisse setzte sich dann das Streben durch, abermals an der Weltwirtschaft teilzunehmen. Es wird also die Frage entstehen: Wohin hat die Industrie vor dem Kriege geliefert und wie hat sich in den alten Absatzgebieten in der Zwischenzeit der Bedarf entwickelt? Daraus folgt die zweite Frage: Sind diese Absatzgebiete unter den neuen Voraussetzungen noch erreichbar? Decken sie ihren Bedarf heute selber, oder welche Länder teilen sich darin? Fällt die Antwort hierauf zugunsten der Industrie fremder Volkswirtschaften aus, so folgt daraus ohne weiteres die nächste Frage: Auf Grund welcher Vorzüge ist die fremde Industrie in das Absatzgebiet eingedrungen? Ist gegen diese Industrie zu konkurrieren: durch Qualitätssteigerung, durch vielseitigeres Angebot, durch Preisunterbietung oder durch günstigerer Lieferungs- und Zahlungsbedingungen? Zuletzt wird sich dann darüber klar zu werden sein: Sind die Vorzüge der fremden Industrien mit den gegebenen Mitteln und unter den herrschenden Verhältnissen einzuholen, zu überbieten und ist kraft dessen der Kampf um das alte Absatzgebiet mit einer Aussicht auf Erfolg verbunden?

sich herausstellen, daß das Grundproblem immer wieder sich um die Aufgabe dreht: Verbilligung und Verbesserung der Produktion durch Steigerung der Arbeitsintensität und rationelle Wirtschaftsführung. Abstoßung aller unökonomischen Betriebe und weitestmögliche Ausschaltung aller unproduktiven Ausgaben. Was ist das aber anderes, als die betriebswirtschaftliche Tendenz der Weltwirtschaft? Als das Pos vom Alten, Unzweckmäßigen, vom Juedel und Unökonomischen zugunsten der sachlichen Vereinfachung, der Typisierung, Normalisierung, der planmäßigen Wirtschaft? Es ist die Aufgabe der Anpassung an den neuen Zug der Weltwirtschaftsentwicklung, an die Forderung nach Systematisierung, Intensivierung und Verbilligung durch Zusammenschluß. Durch Zusammenfassung in horizontaler und vertikaler Richtung, durch zusammengefaßte Spezialisierung. Durch Produktionskonzentration in Richtung der Zweckmäßigkeit, frei von individueller Willkür. Es ist der Zug des Aufgehens des einzelnen im Ganzen zum größeren volkswirtschaftlichen Nutzeffekt. Das war, um nur drei typische Beispiele zu nennen, die Grundtendenz der Wirtschaftseinstellung eines Hugo Stinnes, das ist das System des Fordismus, das ist die Grundlage der „Vereinigten Stahlwerke“.

Die erste Forderung zur Begründung der Gleichwertigkeit mit der ausländischen Konkurrenz liegt also in der Aufgabe, durch rationelle Wirtschaft zur Verbilligung der Preise und zur Steigerung der Intensität zu kommen. Gerade für die Wirtschaft gilt die alte Wahrheit, daß Stillstand — Rückschritt ist, und daß das, was überholt ist, unwirtschaftlich ist. Bestand nicht die Ueberlegenheit der deutschen Industrie gerade in ihrer vorbildlichen Anpassung an die modernsten Errungenschaften? In der Gegenwart ist die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit kein reines Lohnproblem, besonders dann nicht, wenn man der Entwicklung der Kaufkraft auf dem inneren Markt Rechnung tragen muß, sondern ein Intensitätsproblem. Die zweite Aufgabe folgt aus der ersten. Es ist die Forderung nach Ausschaltung all dessen, was den modernen Anforderungen nicht mehr angepaßt werden kann. Diese Forderung ist an sich ein einfaches Gebot der Wirtschaftlichkeit: Nicht mehr in eine Unternehmung hineinstecken, als aus ihr herausgeholt werden kann. Jetzt steht, daß solcher Unternehmungen in allen Industrien eine ganze Anzahl besteht. Ueber sie wird die Entwicklung der Anforderungen an die Exportindustrien zwangsläufig zurecht hinweggehen. Erst wenn dieser Vorgang zum Abschluß gelangt ist, wird sich die wahre Exportkraft der Volkswirtschaft herausstellen.

Die letzten Entwicklungsjahre der Wirtschaft haben bereits ganz in diesem Zeichen gestanden. Ist denn praktisch das bedeutende Anziehen der Bankrottstiften etwas anderes, als die organische Vereinigung der Wirtschaft von Parasiten und lebensunfähigen Unternehmungen. Wir kommen immer wieder dahin, daß die Größe einer Industrie kein beliebig regulierbares Element ist, sondern ein Abhängigkeitsverhältnis von dem

Wenn über diese Fragen Klarheit herrscht, dann wird es

den Zweck zur Verfügung, für den angeblich das Hausins-  
teuergesetz geschaffen wurde, und wir sind auf dem Wege zur  
Hebung der Wohnungsnot ohne weitere Belastung der  
breiten Masse des Volkes ein gut Stück weitergekommen.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerk-  
sam, daß für die Zeit vom 10. bis 16. Oktober 1926 der  
12. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Abrechnung für das III. Vierteljahr 1926. Um möglichst  
schnelle Fertigstellung der Abrechnung müssen die Ortsverwal-  
tungen bemüht sein. Es werden besonders die Vertrauensleute  
gebeten, durch pünktliche Erledigung ihrer Abrechnung den Zahl-  
stellenkassierer bei der Fertigstellung der Vierteljahresabrechnung  
zu unterstützen.

Einzahlungen für das IV. Vierteljahr 1926. Die laufend  
eingehenden Beitragsgelder sind ohne Rücksicht darauf, ob die  
Abrechnung schon fertiggestellt ist, als Einzahlungen an die  
Hauptkasse einzusenden.

#### Lohn- und Tarifbewegung.

Niederbayerische Sägeindustrie. Am 27. August 1926  
kündigte der Arbeitgeberverband bayerischer Sägewerke des  
für Niederbayern bestehende Lohnabkommen und verlangte  
einen Lohnabbau von zirka 17%. Es sollten folgende Löhne  
geltend werden:

|            |    |     |    |    |
|------------|----|-----|----|----|
| Ortsklasse | II | III | IV | V  |
|            | 54 | 50  | 45 | 41 |

Pfennig.

Der von den Arbeitgebern angerufene Schlichtungsausschuß  
Deggendorf fällt folgenden Schiedsspruch:

1. Die bisherigen Löhne bleiben bestehen und können mit  
der tariflichen Frist von 28 Tagen jederzeit gekündigt werden.
2. Für leistungsschwache Betriebe, die auf Grund ihrer be-  
sonderen Verhältnisse nicht imstande sind, diese Regelung  
durchzuführen, können die beiderseitigen Parteien unterein-  
ander eine entsprechende andere Regelung treffen. Kommt es  
hierbei zu keiner Einigung, so entscheidet auf Antrag die zu-  
ständige Schlichtungskommission für das bayerische Säge-  
gewerbe.

Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt.  
Obwohl der Schiedsspruch auch den Arbeitnehmerparteien  
nicht genehm war, wurde er doch angenommen und Verbind-  
lichkeitserklärung beantragt.

Vertragsgebiet Niedersachsen. Der Nordwestdeutsche  
Eislerinnungsverband versucht zurzeit in seinen Mitgliedsbe-  
trieben einen 10%igen Lohnabbau durchzuführen. In den Werk-  
stätten werden Anschläge gemacht, wonach diejenigen, welche  
mit dem Lohnabbau nicht einverstanden sind, gekündigt werden.  
In den meisten Betrieben haben die Kollegen den Lohnabbau  
abgelehnt und sind sie infolgedessen ausgesperrt worden. Schein-  
bar ist das Vorgehen der Arbeitgeber aber nicht einheitlich.  
Vor allem scheint man die mittelgroßen Orte treffen zu wollen

inneren Gleichgewicht der Volkswirtschaft und ihrer Anteil-  
nahme an der Weltwirtschaft. Denn nur diejenige Industrie  
wird ihr Ziel: erfolgreich an der Weltwirtschaft teilzunehmen,  
erreichen können, die allen Anforderungen der Weltwirtschaft  
gerecht zu werden vermag und trotzdem so rationell wirt-  
schaftet, daß sie Ueberschüsse abzurufen imstande ist. Die erste  
Voraussetzung hierzu ist und bleibt aber die Anpassung an die  
Entwicklungsfortschritte der Moderne. Gerade hier ist Eigen-  
brötel und Konservatismus nicht am Platze. Liegen aber die  
Verhältnisse derart, daß die unumgängliche Umstellung nicht,  
oder erst nach längerem Zeitraum durchführbar ist, so soll sie  
daraus die Konsequenzen ziehen und solange sich der Teilnahme  
an der Weltwirtschaft enthalten, bis sie sich die  
notwendigen Voraussetzungen geschaffen hat. Ob das nun aus  
eigener Kraft oder durch horizontale und vertikale Zusammen-  
legung, also durch Umorganisation und planmäßige Zentrali-  
sierung der Produktion für einen größeren Kreis (Vereinigte  
Stahlwerke) geschieht, oder durch Fusion, das muß der einzelne  
Fall entscheiden. Die Notwendigkeit einer industriellen Arbeits-  
gemeinschaft tritt dabei sowohl aus organisatorischen wie aus  
Gründen der Kreditbeschaffung energisch in den Vordergrund.  
Auch die fortschreitende Kartellierung der Industrien ist im  
Prinzip nichts anderes, als eine unbewusste Anpassung an die  
gegenwärtigen Wirtschaftsnotwendigkeiten.

Wir sehen, die Schaffung der rein sachlichen Voraus-  
setzungen zu der führenden Anteilnahme an der Konkurrenz  
auf dem Weltmarkt — und nur diese kommt dabei in Frage —  
ist im wahren Sinne des Wortes ein Problem. Und es entsteht  
die Frage, ob es vor dem Eintritt in den internationalen Kon-  
kurrenzkampf nicht zweckmäßiger ist, mit einem gesunden  
Stemmen zunächst das Exportproblem hinter das Inlands-  
problem zurückzustellen. Denn ein Sechsigmillionenvolk hat  
einen Bedarf, der sehr wohl die Grundlage zu einer eigenen  
großen Industrie darstellt. Nicht Selbstzweck, sondern Mittel  
zum Zweck ist der Export. Aufgabe der besten Unternehmungen.  
Es wird eben nur die Unternehmung ausführen können, in der  
die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Und das ist bei der  
gegenwärtigen Lage der Dinge nicht mehr bei all denjenigen  
Unternehmungen der Fall, die früher dafür in Frage kamen.  
Darüber können alle Verbände und Kartelle sich nicht hinweg-  
täuschen. Hier den Tatsachen gerecht zu werden, ist eine not-  
wendige Aufgabe, wenn auch eine bittere. Ist sie aber gelöst,  
dann wird das Exportproblem in Verbindung mit der inter-  
nationalen Handelspolitik eine weit größere Aussicht auf eine  
erfolgreiche Lösung haben als ohne dies. Denn auch das Haupt-  
förderungsmoment, die französische Inflation, wird vergehen.  
Das eine aber darf nie vergessen werden: Vergangenheit,  
Gegenwart und Zukunft sind heute drei Epochen mit grund-  
verschiedenen Voraussetzungen. Voraussetzungen, die das „was  
wollen wir“ in ein „was müssen wir“ verwandelt haben.

Dr. Rüppert.

Bis jetzt werden im Vertragsgebiet Niedersachsen Braun-  
schweig, Peine und Göttingen von der Aussperrung  
betroffen. Aber auch in Celle, welches zum Vertragsgebiet  
Bremen gehört, haben die Arbeitgeber den Lohnabbau ver-  
sucht, so daß auch dort die Arbeit in verschiedenen Betrieben  
ruht. Die Holzarbeiter sind allgemein gewillt, so lange auf die  
Beschäftigung bei den Innungsmeistern zu verzichten, bis diese  
eingesehen haben, daß man in der Zeit der Verteuerung der  
Lebenshaltung keinen Lohnabbau vornehmen kann.

### Gewerkschaftliches.

Das Jubiläum des Zentralverbandes christlicher  
Maler. Auch der Zentralverband christlicher Maler kann  
auf eine 25jährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Aus  
Anlaß des Jubiläums fand am Sonntag, 26. September, in  
Köln eine Festversammlung statt, die ihr besonderes Gepräge  
erhielt durch die Anwesenheit des Reichsarbeitsministers  
Brauns und einer Reihe prominenter Persönlichkeiten aus  
dem Gewerkschafts- und Genossenschaftsleben sowie durch  
eine bedeutsame Rede Prof. Dr. Theodor Brauers über das  
Thema: „Handwerk und christliche Gewerkschaften“. Prof.  
Brauer sagte u. a.: „Sind es nicht die Formen, in denen sich  
die Gewerkschaftsarbeit vollzieht, die trennend zwischen Mei-  
stern und Gehilfen stehen? Der Streik? Der Tarifvertrag?“

### Gedanken zur Werbearbeit.

Schlupfend auf den Tisch zu schlagen,  
Zeigt noch nicht den Heiden an.  
Nein, im unentwegten Wagen,  
In dem Wirken ohne Zagen  
Gibt sich kund der rechte Mann.

Winter zeigt mit Schnee und Schloß  
Oft im März noch seine Macht.  
Doch die Milde zum Genossen,  
Wirbt der Frühling unerbrossen  
Und wird Sieger über Nacht.

Laßt uns also auch im Leben  
Schaffen, wirken ohne Groll!  
Jeder muß sich opfernd geben,  
Andre stützen und erheben  
In dem Dasein sorgenvoll.

Und wie holden Lenzes Werben,  
Wird der Endsieg unser sein!  
Häß und Selbstsucht werden sterben,  
Und des armen Landes Erben  
Strahlt ein Lenz voll Sonnenschein.

L. Kelling.

Der Schiedsspruch? Der Streik müßte ein Zusammengehen  
aufs höchste gefährden, wenn er Selbstzweck würde. Die christ-  
lichen Gewerkschaften haben aber niemals einen Zweifel da-  
rüber gelassen, daß der Streik nur das Mittel der äußersten  
Notwehr sein soll. Als Mittel der Notwehr muß er ebenso  
als Rechtens anerkannt werden, wie die an sich gewalttätige  
Handlung, durch die ein einzelner Mensch in der Notwehr  
sein Leben rettet. Eine fortgeschrittene Zeit und eine ge-  
hobene Gesittung bieten natürlich alles auf, um solche äußer-  
sten Fälle von vornherein zu verhindern. Ein Mittel dazu soll  
der Tarifvertrag sein, ein Rechtskodex eigener Art, der an  
die Stelle des feindlichen Gegeneinanders das friedliche Ne-  
beneinander zu setzen bestimmt ist. Nach der Grundaussfassung  
der christlichen Gewerkschaften soll die Tarifvertragsidee aus  
der Arbeit der Beteiligten ein geläutertes Recht der Arbeits-  
beziehungen herauswachsen lassen. Er soll die Beziehungen  
aus dem Parteistreit herausheben, gemeinsames Arbeiten an  
der Standesehre ermöglichen und wahre Menschlichkeit in den  
Mittelpunkt der gegenseitigen Beziehungen rücken. Von hier  
aus gesehen gewinnt auch der Schiedsspruch seine besondere  
Bedeutung. Sein Sinn ist, daß die Auseinandersetzung der  
Beteiligten um das Lohnbegehren und die Dauer der Ar-  
beitszeit ihren Abschluß durch das Wort des Vertreters der  
Gemeinschaft findet, als des Mahners, der gegenüber den  
Eigeninteressen unerschrocken und mit kundiger Hand die  
Grenzen des Allgemeininteresses zieht. Erst damit vollendet  
sich die wahre Demokratie. Die ganze Auffassung der christ-  
lichen Gewerkschaften in dieser Frage entspricht der Erkennt-  
nis und der Ueberzeugung: nicht der Kampf ums Leben ist es,  
der das Leben vergiftet, sondern der Kampf um Dinge, über  
die man sich verständigen könnte, wenn man wollte, und über  
die man sich verständigen müßte, wenn eine von Selbstgefällig-  
keit befreite Anschauung des eigenen Wohles den Ausschlag  
gäbe.“

Bei den materiellen Verhandlungen am Nachmittag er-  
statteten der eben von schwerer Krankheit genesene Verbands-  
vorsitzende Ferdinand Brauer und Henke den Geschäftsbericht,  
der neben dem üblichen Rückblick auch die Tätigkeit des Ver-  
bandes auf produktivgenossenschaftlichem Gebiete streifte und  
einen Ueberblick gab über das Verhältnis des Verbandes zu  
den Arbeitgeberorganisationen und den übrigen Arbeiterver-  
bänden.

Rundgebung der christlichen Bergarbeiter. Am  
Sonntag, den 3. Oktober, hat der Gewerkeverein christlicher  
Bergarbeiter im Ruhrgebiet nicht weniger wie 60 Versamm-  
lungen veranstaltet, in denen zu den verschiedenen Fragen  
Stellung genommen wurde, die in neuester Zeit die Arbeiter-  
schaft bewegen. Ganz besonders die Dresdener und Düssel-  
dorfer Reden des Herrn Dr. Silberberg gaben Anlaß zu einer  
Stellungnahme der Arbeiter. Im Bergbau haben es unsere  
Kollegen im allgemeinen mit Arbeitgebern zu tun, die am  
Schwersten von ihrem „Herrn-im-Hause-Standpunkt“  
ablassen können. Besondere Beachtung fanden die Reden  
des Gesamtverbandvorsitzenden, Kollegen Stegerwald,  
und des Vorsitzenden des Gewerkevereins christlicher Berg-  
arbeiter, Kollegen Imbusch. Von beiden wurde die grund-  
sätzliche Bereitschaft der Arbeiter erklärt, den Arbeitsgemein-  
schaftsgedanken im Wirtschaftsleben praktisch zu verwirklichen.  
Das Unternehmertum wird sich aber für alle Zeit dazu be-  
quemen müssen, die Gewerkschaften auch tatsächlich als die  
berufenen Vertreter der Arbeiterschaft anzuerkennen und das  
Spielen mit den Selben aufzugeben. In den Versammlungen  
konnte auch recht deutlich nachgewiesen werden, daß die Aus-  
führungen Dr. Silberbergs in vielen Bergbaubezirken als die  
Stimme eines Rufenden in der Wüste zu bewerten sind. Rück-  
sichtslosigkeit der Betriebsleiter gegenüber der Arbeiterschaft  
tritt auf den Gruben immer wieder so stark zutage, daß hier  
wirklich nichts von dem zu bemerken ist, was Silberberg als  
maßgebend für das Verhalten zwischen Arbeitgeber und Ar-  
beitnehmer gekennzeichnet hat. Nach Silberberg ist die Ar-  
beiterschaft „das Wertvollste, was wir in Deutschland besitzen“  
und im Bergbau geht man mit diesem „Wertvollsten“ oft  
um, daß es jeder Beschreibung spottet. Hoffentlich wird auch  
hier der neue Geist seinen Einzug halten. Von den Vergleuten  
wird es allerdings selbst mit abhängen, ob das Unternehmertum  
umstellt oder nicht. Darum sollten auch die Versamm-  
lungen des Werkvereins dazu dienen, die Arbeiterschaft auf-  
zurütteln und daran zu erinnern, daß das beste Mittel für eine  
Hebung des Arbeiterstandes immer noch in der gewerkschaft-  
lichen Selbsthilfe zu erblicken ist.

### Rundschau.

„Wissenschaftliche“ Beweisführung. Um die Daseins-  
berechtigung der gelben Werkvereine nachzuweisen, bemühen  
sich andauernd eine ganze Anzahl wissenschaftlich gebildeter  
Leute. Der blöde Haß gegen die Gewerkschaften ist in vielen  
Fällen das hervorragende Rüstzeug dieser Wissenschaftler.  
Sachkenntnis geht den meisten vollständig ab. In der Nr. 40  
der „Deutschen Werksgemeinschaft“ behandelt ein dipl. rer.  
oec. Friedrich Ebeling, Berlin, das Thema: „Werksgemein-  
schaft und Unternehmertum.“ Um den Nachweis zu erbringen,  
daß die wirtschaftliche Entwicklung nur dann einen ruhigen,  
ungestörten Verlauf nehmen könnte, wenn die Arbeiter sich  
den Werksgemeinschaften anschließen, wird u. a. folgende  
Wissenschaft verzapft:

„Die unsinnige Gliederung der Gewerkschaften, die Berufs-  
genossen zusammenzuführen, welche keine Interessengemeinsamkeit  
verbindet, ist ungeeignet, den Weg zur Wirtschaftsbefriedigung  
zu ebnen. Der Schmied in der Lokomotivfabrik ist zwar Kollege  
deselben Professionisten im landwirtschaftlichen Gutsbetrieb:  
Damit aber endet jedoch diese „Gemeinschaft“. Trifft nun die  
Gewerkschaft aus Gründen, die etwa für die Verhältnisse der  
Lokomotivfabrik berechtigt sein mögen, in den Arbeitskonflikt,  
so stört sie den Produktionsgang nicht nur dieses Unternehmens,  
sondern auch den anderer Betriebe, die diesem wegensfremd  
sind, gefährdet unter Umständen diesen in ihrer Lebensfähigkeit.  
So tragen die Gewerkschaften durch rein formale Gliederung  
den permanenten Wirtschaftskampf in alle Produktionszweige.  
Die Werksorganisation, die Leiter, Angestellte und Arbeiter  
jedes Spezialberufes des gleichen Betriebes umfaßt, verbindet  
gemeinsame Interessen, sie zieht an einem Strang. Darüber  
hinaus sichert sie aber, selbst wenn ein Konflikt eintreten sollte,  
den Frieden in den anderen Unternehmen, bei denen andere  
Verhältnisse herrschen.“

Man wird dem Herrn Ebeling zugute halten müssen, daß er  
weder den Aufbau der Gewerkschaften noch deren Kampf-  
methoden irgendwie kennt. Oder sollte etwa in bewusster  
Absicht durch solche Auslassungen die Verdummung der Ar-  
beiterschaft betrieben werden?

### Aus dem gewerblichen Leben.

Weiteres Sinken der Konkursziffern. Es hat den  
Anschein, daß die große Wirtschaftskrise die von interessierter  
Seite gewollte Bereinigung unserer Wirtschaft nunmehr be-  
endet hat. Während wir in den Monaten Januar und Fe-  
bruar eine Konkursziffer von je über 2000 in Deutschland  
hatten, sind die Konkursziffern in den letzten Monaten ganz  
erheblich gesunken und stehen bereits unter dem Durchschnitt  
der normalen Verhältnisse in der Vorkriegszeit. Im Jahre  
1913 entfielen im Jahresdurchschnitt etwas über 800 Kon-  
kurse auf den Monat. Im August 1926 ereigneten sich noch  
503 Fälle und im September ist die Anzahl der neueröffneten  
Konkurse sogar auf 473 Fälle zurückgegangen. Das dritte  
Vierteljahr 1926 weist insgesamt 1674 Konkurse auf gegen-  
über 3289 im zweiten Vierteljahr und 6013 im ersten Viertel-  
jahr 1926. Diese Ziffern sind ein Beweis dafür, daß die  
wirtschaftlichen Unternehmungen in Deutschland nicht mehr  
im Sterben liegen. Die Folgen der Wirtschaftskrise machen  
sich aber noch in einer sehr fühlbaren Weise bei denen bemerk-  
bar, die als Arbeitslose außerhalb der Wirtschaft stehen.

### Aus Arbeitgeberkreisen.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Auf dem Parteitag  
der Deutschen Volkspartei in Köln sprach neben anderen auch  
der bekannte Generaldirektor Dr. Böler. Nach dem Bericht

der „Rölnischen Zeitung“ sieht Dr. Wöglar in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Hauptaufgabe der Wirtschaft. Es wurde von ihm auch darauf hingewiesen, daß die während der letzten Monate gemaltig gestiegenen Börsenkurse nicht ohne weiteres als Zeichen einer blühenden Wirtschaft angesehen werden könnten. Betont wurde aber, daß es der Wirtschaft gelingen sei, die Voraussetzungen zu schaffen von denen aus man zu einer besseren wirtschaftlichen Arbeit zu gelangen hoffe. Von sehr großer Bedeutung ist das Geständnis Dr. Wöglars, daß heute das Ergebnis zu verzeichnen ist, daß wir auf der ganzen Linie trotz verkürzter Arbeitszeit eine Leistung haben, die besser sei, als vor dem Kriege. Es scheint also doch, daß langsam die Erkenntnis von der Zweckmäßigkeit kürzerer Arbeitszeit auch bei den Arbeitgebern kommt. Reichlich lange hat es ja gedauert, bis man den Mut fand, auch in aller Öffentlichkeit einzugestehen, daß die deutsche Arbeiterschaft die Leistungen der Vorkriegszeit wieder aufweisen kann.

### Fachtechnisches.

#### Sür unsere Polsterer.

Wie kann man Leder mit wenig Mitteln verzieren?  
W. A. Fiedler, München.

1. Durch Malereien mit Einte auf Leder.
2. Brandarbeiten auf Leder.

Anleitung zu Nr. 1. Malereien mit Einte auf Leder lassen sich namentlich für Rissen, Deckchen, Wandteppiche und dergl. verwenden. Zum Bemalen benützt man Schafleder mit möglichst gleichmäßigen und feinen Narben in seiner Naturfarbe, das in einem Holzrahmen oder auf ein Zeichenbrett flach aufgespannt wird. Man achte, daß sich das Leder nicht verzieht und auch nicht brüchig ist, weil sonst die dünnflüssigen Einten leicht ausfließen und zu Unreinigkeiten in der Malerei führt. Das Leder muß unbedingt glatt sein, darf nie gefaltet oder zusammengelegt werden, sondern darf nur gerollt sein, oder muß aufgespannt bleiben, bis die Zeichnung fertig ist. Das Aufzeichnen geschieht durch Pausen, indem man die Zeichnung auf Papier in allen Details entwirft und dann mittelst Graphitpapier, welches zwischen Zeichnung und Leder gelegt wird, durch Nachfahren der Konturen mit einem spitzen Gegenstand überträgt. (Das blaue, schwarze oder rote Oelpapier ist unbedingt zu meiden.) Nach dem Aufpausen zieht man zunächst die Umrisse mit guter Tusche und später Stahlfeder aus; dann beginnt man mit dem Ausmalen der inneren Flächen. Zum Bemalen dienen dann die käuflichen Einten (nicht Tuschen), in allen Farben: rot, blau, gelb, grün und violett, je nach der Zeichnung (ob Rosenmuster oder Ornamente aufgepaust sind). Zum Malen benütze man die bekannten feinen Marbepinsel. Um das zeitraubende Auswaschen zu ersparen, nehme man zu einem Bilbe soviel Pinset als man Farben braucht. Eine besonders schöne Wirkung erzielt man, wenn man einzelne Flächen oder den Grund eines Bildes bzw. Ornamentes mit flüssigem Goldbronzelack abdeckt. Letzteres erfordert Übung, weil der Lack sehr dick ist und rasch trocknet. Solche Arbeiten wirken sehr stimmungsvoll, und lassen die glatten Polsterflächen antik erscheinen. Es ist dies besonders für Capezierer und Sattler zu empfehlen, welche auch die Lackerei betreiben, da sich gerade die moderne Autogarnerung und die feinen Ledermöbel für solche Arbeiten eignen, weil sie nicht mehr geheftet, sondern glatt sind. Die durch Aufpausen noch anhaftenden Bleistift- bzw. Graphitlinien lassen sich mit frischem Brot leicht befeuchten.

Anleitung zu Nr. 2. Neben der in neuerer Zeit mit Vorliebe gepflegten Lederplastik (Aufnähen oder Pressen) taucht auch eine andere Art der Verzierung auf, nämlich die mittelst Brennstift hergestellte Zeichnung. Besonders dort, wo die Plastik durch Hervortreten des Musters ungeeignet erscheint, ist die Brandmalerei auf Leder der geeignetste und schönste Ersatz. Ungeeignet dagegen sind Brandarbeiten an Stellen, wo das Leder stark gebogen wird, weil dort die verkohlten Lederteile leicht abspringen. Als Vorlagen eignen sich alle Ornamente und Schwärke; sie lassen sich auch bemalen und teilweise vergolden, wenn es die Verzierung und Stützrichtung erfordert. Es kommt hierzu nur festes Leder, das nicht grobknarbig ist, in Frage, aber hauptsächlich Kalbs- und Schafleder. Es soll stets aus Rückenbahnen genommen werden, damit es sich beim Befeuchten und Bemalen nicht schief zieht, und darf auch nicht fett sein.

Man nagelt oder klebt das Leder auf einem Brett fest. Die Zeichnung wird gepaust oder durch bloßes Durchdrücken übertragen. Vor dem Einbrennen der Zeichnung muß das Leder trocken sein, der Vorgang ist wie beim Holz.

Diese Brandarbeiten nennt man auch Pyrographie.

Man schafft sich einen Brennaparat zu Holzbrandmalereien an, und verschafft sich auch vorher die nötige Übung durch Brennen auf Holz. Das ist die Ausführung von Zeichnungen mittelst eines glühenden Stahl- oder Eisenstiftes auf Holz oder Leder, so daß überall dort, wo der glühende Stift mit dem Material in Berührung kam, das Bild auf der Oberfläche des Materials eingebrannt erscheint. Je nach der Tiefe des Farbtones ist die Zeichnung tiefer oder weniger tief eingebrannt, d. h. je heißer man den Stift anwendet und je länger man ihn auf ein und derselben Stelle verweilen läßt, um so mehr wird die Oberfläche angebrannt, der Stift dringt tiefer in das Innere des Materials und bräunt dasselbe infolgedessen mehr und mehr. Es gibt verschiedene Lederbrandarbeiten, einmal mit tief ausgebranntem Grunde (Halbplastik) und dann die mit dem Brennstift im Stile der Federzeichnungen gehaltene Ausführung.

Im übrigen können die gebrannten Flächen so behandelt werden wie die Malereien mit Einte, nur müssen die fertigen Objekte, um ein besseres Aussehen zu bekommen, mit einem Anstrich von Lederlack versehen werden. Es wird das Abspringen der verkohlten Teile und der Farben verhindert, und das Ganze wird lebhafter und dauerhaftiger. Erst nach dem Trocknen dieses Lacküberzuges (dieser Lack ist bei Buchbindern käuflich) wird das aufgespannte Leder vorsichtig abgelöst und kann zwecks weiterer Montage dem Gesellen gegeben werden.

Alle Gegenstände, die durch Lederschnitt oder Lederplastik verzieren können, eignen sich auch für Lederbrandverzierung, z. B. Stuhlbezüge, Stuhllehnen, japanische Wände, Autogarnerungen, Taschen für Zigarren, Visitenkarten usw., Mappen, Albumdeckel, Gürtel, Riemen, Rissenbezüge und Wandverkleidungen.

Wandläufer und Verkleidungen sind in Lederbrand mit Goldverzierung sehr wirkungsvoll.

### Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

■ Eine Carifamtsentscheidung in der Urlaubsfrage: Im Bereich des Vertragsgebiets für das südheißliche Sägewerke waren in einigen Betrieben Differenzen entstanden über die Auslegung der Ferienbestimmungen des Vertrages. Infolge der schlechten Geschäftslage mußten die Rollagen vielfach aussetzen oder mit Kurzarbeit sich abfinden, was ja letzten Winter sehr häufig vorkam. Obwohl der bestehende Vertrag sich ganz eindeutig klar ausdrückt, daß Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses durch Aussetzen bei der Bemessung der Feriendauer als Beschäftigungszeit gelten, glaubten einzelne Firmen die Ferien abzulehnen, bzw. kürzen zu müssen, auf Grund des § 44 Abs. 3 des Vertrages, wonach der Anspruch auf Urlaub nur dann gegeben ist, wenn der Arbeiter 280 Tage im Jahr gearbeitet hat. Diese Bestimmung kann aber nur dann Anwendung finden, wenn der Arbeiter durch eigenes Verschulden von der Arbeit ferngeblieben ist bzw. die verlangten 280 Tage nicht erreicht hat. Alle Bemühungen seitens der Verbandsleitung die betreffenden Firmen über die klaren Vertragsbestimmungen zu belehren, haben nicht zum Ziele geführt. Bezeichnend ist, daß selbst die Leitung des Arbeitgeberverbandes unsere Auslegung des Vertrages nicht anerkennen wollte.

Nach den Schlichtungsbestimmungen des Vertrages mußte nun das Carifamt die Entscheidung treffen, welche auch hier nur mit dem unparteiischen Vorsitzenden möglich war, weil die Meinung der Arbeitgeber feststand. Das Carifamt hat durch Mehrheitsbeschluss folgende Entscheidung gefällt:

„Bei einer Arbeitskürzung im Betrieb sind die Tage, an welchen nicht gearbeitet wird, als Beschäftigungszeit im Sinne des § 39 und des § 44 letzter Satz des Carifvertrages anzusehen.“

§ 39 des Vertrages lautet: „Frankheit sowie Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses durch Aussetzen werden bei Bemessung der Feriendauer als Beschäftigungszeit gerechnet.“ § 44 letzter Satz: „Die Tage, an denen der Arbeitnehmer infolge Aussetzens, und zwar auf Anordnung des Arbeitgebers fehlt, werden als erfüllte Arbeitszeit gerechnet.“

Diese Entscheidung ist für jeden Carifvertragspraktiker zwar eine Selbstverständlichkeit. Sie hat aber eine besondere Bedeutung deshalb, weil es diesen Sommer geradezu an der Tagesordnung war, daß arbeitgeberseitig versucht wurde, den Urlaub freitrag zu machen, wenn ausgesetzt wurde. Aus einem anderen Vertragsgebiet wurde was erst dieser Tage noch bekannt, daß eine Firma die Gewährung des Urlaubs deshalb ablehnte, weil auch in „anderen Betrieben“ kein Urlaub gegeben wird, obwohl auch hier die gleichen Vertragsbestimmungen in Geltung sind.

Sür unsere Kollegen zeigt dieser Fall, daß wir auch in schlechten Zeiten zu unserem Rechte kommen. Voraussetzung ist nur, daß alle dem Verbands treu bleiben. Wie viele haben schon ihren Anspruch auf Cariflohn und Vertragsrecht preisgegeben, um den Verbandsbeitrag zu sparen?

Rechtsunwirksame Kündigungen. Das Gewerbegericht Mannheim hat am 26. Mai 1926 ein Urteil gefällt, wonach eine Kündigung rechtsunwirksam ist, wenn sie erfolgt, um dem

Gekündigten die Annahme eines Betriebsratsamtes unmöglich zu machen. Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde: Eine Mannheimer Firma kündigte am 9. April einigen Arbeitern, die auf Grund der in diese Zeit durchgeführten Betriebsratswahl in die Betriebsvertretung kommen sollten. Die Gekündigten klagten auf Fortzahlung des Lohnes, weil nach ihrer Ansicht dadurch, daß nur eine Vorschlagsliste eingegangen sei mit dem vorgesehenen Abstimmungstage (31. März 1926) ihre Wahl in den Betriebsrat bereits vollzogen war und ihnen deswegen der Schutz des § 96 des Betriebsrätegesetzes zustehe. Von der Firma wurde demgegenüber geltend gemacht, daß auch in dem Falle, wo nur eine Vorschlagsliste eingereicht werde, das Amt des Betriebsrates erst zu laufen beginne nach Ablauf der in der Wahlordnung vorgesehenen Einspruchsfrist. Das Gewerbegericht selbst hat den Streit über den Amtsantritt nicht entschieden, sondern die Rechtsunwirksamkeit der erfolgten Kündigung vom § 95 des Betriebsrätegesetzes abhängig gemacht. In der Urteilsbegründung wird darüber gesagt:

„Der Geschäftsführer E. der Beklagten hat am 9. April 1926 dem seitherigen Betriebsratsvorsitzenden A. Vorhalt gemacht, weil in der Wahlvorschlagsliste Leute enthalten seien, die ihm nicht paßten; noch am selben Tage hat E. die ausgehängte Wahlvorschlagsliste eigenmächtig entfernt und an sich genommen, wozu er gar nicht berechtigt war (§§ 18 und 22 der Wahlordnung); und ferner hat E. an dem gleichen Tage den Klägern gekündigt. Aus diesem Zusammentreffen der — unbestrittenen — Vorgänge an einem Tage hat das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß den Klägern am 9. April gekündigt wurde, um ihnen die Uebernahme des Amtes als Arbeiterratsmitglieder unmöglich zu machen. Ein solches Vorgehen verstößt gegen das im § 95 B.R.G. ausgestellte Verbot, die Arbeitnehmer in der Uebernahme und Ausübung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu beschränken oder sie deswegen zu benachteiligen. Dieses Verbot hat nicht nur Voraussetzung, daß die Wahl schon perfekt und unanfechtbar ist, sondern es will gerade nach seinem klaren Wortlaut die Wahl der Betriebsvertretung vor Eingriffen des Arbeitgebers und seiner Vertreter schützen und die freie und ungehinderte Durchführung der Wahl sicherstellen. Eine Kündigung, die gegen dieses gesetzliche Verbot verstößt, ist nach § 134 B.G.B. nichtig (vgl. Feig-Sizler B.R.G. Bem. 3 zu § 95). Demnach ist die hier unstrittene Kündigung wirkungslos.“

Das Dienstverhältnis der Kläger ist somit als ungekündigt anzusehen.

■ Ein wichtiger Bescheid des Reichsarbeitsministers. Bekanntlich hatte sich mancherorts die Unsitte breitgemacht, das Wochengeld auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. Infolge der unausgesetzten Bemühungen der christlichen Gewerkschaften ist nunmehr die schiefe Rechtslage durch einen Bescheid des Reichsarbeitsministers der Klärung näher geführt worden. Zwar drückt sich das Reichsarbeitsministerium in seinem Bescheide ein wenig zurückhaltend aus, indem es sagt, „daß es in Zukunft nicht auf der Anrechnung bestehen wolle“. Dennoch darf man hoffen, daß sich die Praxis allenthalben entsprechend umstellt.

Der Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung ruht bei Bezug von Wochengeld für die Wöchnerin selbst. Dagegen soll in Zukunft dem erwerbslosen Ehemann nicht mehr die Hälfte des Wochengeldes auf seine Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden. Der Beitrag zu den Entbindungskosten ist als einmalige Zuwendung, nicht aber als Rentenbezug anzusehen und darum nicht anzurechnen.

Mit diesem Bescheide dürfte die unverständliche Ungerechtigkeit, die Erwerbslosenunterstützung zu einem Zeitpunkt zu kürzen, wo sie am dringendsten zur Bestreitung des Allernotwendigsten gebraucht wird, endgültig aus der Welt geschafft sein.

### Literarisches.

Lebensblätter. Gedichte von Grete Filling. Verlag Spenmann & Co., Leipzig. Preis in Ganzleinen gebunden mit Goldschrittel für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften statt Mk. 4.— nur Mk. 3.—. Dieselbe Ausgabe stark kartoniert für Mitglieder statt Mk. 2.50 nur Mk. 2.—.

Grete Filling ist uns nicht unbekannt. Sie war Vorsitzende des Reichsverbandes weiblicher Hausangestellter und nimmt jetzt eine führende Stellung in der Genossenschaftsbewegung ein.

Die Gedichte, Lebensblätter, sind, wie schon der Titel sagt, lose Blätter aus dem inhaltsreichen Buche des Lebens. Es sind Gedichte des Leidens und der Freude, der Liebe und des Hoffens, des Glückes und des Schmerzes, der Verzweiflung und der Hoffnung. Abwechselnd, wie sich unser Leben gestaltet, sind auch die Gedichte. Es sind warm empfundene Worte in künstlerischer Sprache niedergeschrieben. An den Gedichten merkt man, daß die Verfasserin die Höhen des Lebens und das soziale Elend kennt.

Wir können dieses Gedichtbuch jedem Kollegen, der Sinn für Poesie hat, warm empfehlen.

Bestellungen sind zu richten an unsere Buchhandlung  
Christlicher Gewerkschafts-Verlag  
Berlin-Wilmersdorf  
Rajferallee 25.

### Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2.— Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 zu richten.

### Wirklich tüchtige Fertigerpolierer

für furnierte Schlafzimmer sofort gesucht.

Gustav Bühler, Spaichingen (Württbg.)

### Auffehererregende Neuheit:

Konzert-Violin-Duett-Zither „Sibala“ sowie alle anderen Musikinstrumente wie Geigen, Mandolinen, Gitarren, Harmonikas usw. vermittelt direkt vom Erzeuger zum Verbraucher

Richard Barthel, Vera I. Thür.  
Robert-Silber-Straße 4.

Vertreter überall gesucht. Leicht und angenehmer Nebenverdienst.